

Credit Suisse muss 1,2 Milliarden abschreiben

Teure Altlasten Die Schweizer Grossbank schlägt sich mit kostspieligen Rechtsstreitigkeiten herum. Sie sorgen für einen Verlust und schaden dem Ruf.

Holger Alich
und **Jorgos Brouzos**

Die Börsenkurse kennen derzeit nur eine Richtung: aufwärts. Und den Anlegern bleibt angesichts von Negativzinsen kaum etwas anderes übrig, als Aktien zu kaufen. Für Vermögensverwaltungsbanken ist das Umfeld also denkbar gut, wie sich bei der UBS zeigt.

Anders sieht es bei der Credit Suisse aus. Die zweitgrösste Bank der Schweiz dürfte heute für das vierte Quartal einen Verlust von rund 500 Millionen Franken ausweisen. Für das Gesamtjahr wird ein Gewinn von 2,5 Milliarden Franken erwartet.

Der Grund für das schlechte Schlussquartal sind Kosten in Höhe von rund 1,2 Milliarden Franken für die Bewältigung teurer Altlasten. Diese will Bankchef Thomas Gottstein nun schneller als seine Vorgänger abarbeiten. Seine Pendenzenliste ist lang.

— US-Hypothekenstreit

Die Finanzkrise liegt zwar bereits 14 Jahre zurück, doch die Folgen spürt die Credit Suisse immer noch. Seit 2009 stritt sie mit dem US-Versicherer MBIA vor Gericht, nun lenkt die Grossbank ein und zahlt 600 Millionen Dollar.

Der Versicherer klagte, von Credit Suisse über die Werthaltigkeit der Hypotheken getäuscht worden zu sein. MBIA hatte mit Hypotheken besicherte Wertpapiere im Volumen von 770 Millionen Dollar, die von der Credit Suisse ausgegeben worden waren, vor dem Ausfall versichert.

Das Kapitel «Ramschhypotheken» ist mit dieser Einigung aber nicht ausgestanden, rund eine Handvoll Verfahren sind noch hängig. Daher hat die Credit Suisse hierfür neue Rückstellungen von insgesamt 850 Millionen Dollar gebildet. Diese nagen nun am Gewinn.

— Moçambique-Affäre

Die Credit Suisse half vor acht Jahren zusammen mit anderen Banken staatsnahen Unternehmen in Moçambique, Kredite über rund 2 Milliarden Dollar aufzunehmen. Rund 200 Millionen davon wurden veruntreut, die Kredite platzten. In der Folge schossen die Staatsschulden des wirtschaftlich schwachen Landes in die Höhe. Der südostafrikanische Staat hofft nun, dass die Kredite möglichst bald erlassen werden. Immerhin haben drei Ex-Mitarbeiter der Bank in den USA ihre Schuld eingestanden.

Die Credit Suisse sieht sich in der Sache aber selbst als Geschädigte, weil die Geschäfte der Ex-Mitarbeiter ohne das Wissen der Bank abgeschlossen worden sein sollen. Im Februar vergangenen Jahres hat die Bundesanwaltschaft in diesem Zusammenhang ein Geldwäschereiverfahren eröffnet. Es richtet sich gegen unbekannt.

Kürzlich haben zwei Hedgefonds in London eine Klage gegen die Credit Suisse und die Regierung von Moçambique eingereicht. Sie hatten sich an den Krediten beteiligt und verlangen nun von der Bank Schadensersatz, wie die Nachrichtenagen-



Das Sündenregister seiner Bank bereitet ihm Ärger: CS-Chef Thomas Gottstein. Foto: Helmut Wachter (13 Photo)

Sollte sich die CS mit Iwanischwili aussergerichtlich einigen, dürfte das teuer werden.

tur Bloomberg berichtet. Die Sache dürfte die Bank noch länger beschäftigen, wird sie aber wohl nicht viel kosten.

— Teurer Abschreiber bei Hedgefonds

Lange war das Geschäft mit den Hedgefonds eine Goldgrube. Die Credit Suisse beteiligte sich daher 2010 für 425 Millionen Dollar mit 30 Prozent am Hedgefonds York Capital. Sie wollte zum einen über die Beteiligung am Fonds an dessen Erfolg mitverdienen. Zum anderen lockten Provisionen, wenn Bankkunden in York-Fonds investierten.

Doch mit der ultralockeren Geldpolitik haben es die spekulativen Fonds immer schwerer, höhere Renditen als einfache Aktienfonds zu erzielen. Entsprechend zogen Kunden bei York immer mehr Gelder ab. Im November zog der Fonds die Reissleine: Das europäische Geschäft

wird abgewickelt, in den USA will sich York auf Anlagen wie Private Equity neu fokussieren. Der Grossbank beschert die Neuausrichtung einen Abschreiber von 450 Millionen Dollar.

— Der Zwist mit Ex-Kunde Bidsina Iwanischwili

Der georgische Ex-Premier und milliardenschwere Geschäftsmann Bidsina Iwanischwili hat sich mit der Credit Suisse angelegt. Er wirft der Bank vor, dass mit seinem Vermögen zweifelhafte Geschäfte betrieben worden seien, die nicht ihm, aber der Bank genützt hätten. Dadurch seien der Credit Suisse Einnahmen im Umfang von rund 150 Millionen Dollar entstanden.

Sein ehemaliger Kundenberater – er war der wichtigste Mitarbeiter der Credit Suisse in Genf – wurde vor zwei Jahren wegen Betrugs verurteilt. Die Genfer Staatsanwaltschaft überprüft, ob die Bank bei der Geldwäschereibwehr Mängel aufgewiesen hat.

Iwanischwili reicht das aber nicht, er will sein Geld zurück. Mit einer teuren Kampagne geht er auf die Bank los und strebt Verfahren in mehreren Ländern an. Iwanischwili dürfte nicht so schnell lockerlassen und der Bank

noch einigen Ärger bereiten. Sollte sich die Credit Suisse mit ihm aussergerichtlich einigen, dürfte das teuer werden.

— Neuer Präsident kommt, Rohner tritt ab

Am 30. April leitet Bankpräsident Urs Rohner zum letzten Mal die Generalversammlung der Grossbank, Corona-bedingt wird sie online durchgeführt. Mit etwas Glück wird er nicht mehr im Amt sein, wenn die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) offenlegt, welche Folgen die Beschattungsaffäre bei der Grossbank haben soll.

Im September eröffnete die Finma ein Enforcement-Verfahren, um zu prüfen, ob beim Entscheid, den früheren Credit-Suisse-Manager Iqbal Khan beschatten zu lassen, Aufsichtsrecht verletzt wurde. Finanziell wird die Affäre keine Konsequenzen haben, dafür droht möglicherweise weiterer Imageschaden.

Rohners Nachfolger an der Credit-Suisse-Spitze soll der Portugiese António Horta-Osório werden, Ex-Chef der britischen Bank Lloyds. Eine seiner Aufgaben wird gemeinsam mit Bankchef Thomas Gottstein sein, dass die Skandaliste kürzer statt länger wird.

Drei Ökonomen fordern Änderung der Geldpolitik

Nationalbank Gegenüber dem Euro solle offen ein Währungsziel deklariert werden.

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) soll eine höhere Teuerung anstreben und den Wechselkurs zum Euro zum ausdrücklichen Ziel ihrer Geldpolitik machen. Das fordern die drei Ökonomen des sogenannten SNB-Observatoriums in einem gestern veröffentlichten Bericht.

Das erst vor kurzem gegründete private, von der Nationalbank unabhängige Observatorium hat sich zum Ziel gesetzt, «eine konstruktive und auf Daten und der ökonomischen Wissenschaft beruhende Debatte» zur Geldpolitik der Nationalbank zu führen.

Aktuell besteht das Observatorium nur aus den drei Wirtschaftswissenschaftlern Stefan Gerlach, Yvan Lengwiler und Charles Wyplosz. Gerlach ist Chefökonom der EFG-Bank und war einst Vizepräsident der irischen Notenbank. Lengwiler war früher für die SNB tätig und lehrt und forscht aktuell an der Universität Basel, Wyplosz am Graduate Institute in Genf.

Eine höhere Teuerung sei eher nützlich als schädlich

Der Bericht ist erst der zweite des Observatoriums. In einem ersten haben die drei Ökonomen die Nationalbank vor dem Vorwurf der USA in Schutz genommen, Währungsmanipulation zu betreiben.

Das aktuelle Papier dürfte deutlich mehr Sprengkraft enthalten. Die Forderung nach einem leicht höheren Inflationsziel dürfte in der Bevölkerung und in der Politik auf wenig Verständnis stossen. In der öffentlichen Debatte steigt ohnehin die Sorge, nach der aktuellen Krise könnte das Preisniveau zulegen.

Wie die Ökonomen aber zeigen, weist in den Daten bisher nichts auf eine künftig höhere Inflation hin. Das zeigt auch die Prognose der Nationalbank, die noch 2023 von 0,5 Prozent ausgeht. Das aktuelle Inflationsziel der Nationalbank liegt zwischen 0 und 2 Prozent.

Den drei Ökonomen ist das nicht nur zu tief, sondern auch zu unpräzise. Sie fordern, dass die Nationalbank künftig mittelfristig eine Teuerung von 2 Prozent im Durchschnitt anstrebt. Liegt sie wie seit einigen Jahren darunter, soll sie darauf einige Zeit höher liegen.

Doch warum sollten höhere Preise und damit eine geringere Kaufkraft von Nutzen sein?

Seit der Finanzkrise sei die Teuerung ohnehin nie nur annähernd so hoch gewesen, und die Nationalbank unter Thomas

Jordan unterschätze die Gefahren einer zu tiefen und negativen Inflation – einer sogenannten Deflation.

Vor Jordans Präsidentschaft habe man bei der Nationalbank dieses Risiko stärker im Auge gehabt, schreiben die Ökonomen. Denn ein sinkendes Preisniveau bedeutet, dass das Geld an Wert zulegt, selbst wenn man es unter der Matratze verstaut. Das heisst, es kann sich lohnen, Geld zu horten, statt es für den Konsum oder für Investitionen auszugeben.

Ist der Leitzins dann schon sehr tief, wie das in der Schweiz seit einem Jahrzehnt der Fall ist, dann kann die Nationalbank nichts mehr tun, um die Lage zu verbessern und um den Konsum oder die Investitionen anzuhetzen. Nur mit einer leicht höheren Inflation, so argumentieren die drei Ökonomen, seien wieder höhere Zinsen möglich, die der Nationalbank Spielraum verschaffen.

Zum aktuellen Zinssatz schreiben sie: «Es ist für die SNB Zeit, anzuerkennen, dass ihr Leitzins von minus 0,75 Prozent nach sechs Jahren als geldpolitisches Instrument nicht mehr funktioniert.» Das zu tiefe Inflationsziel sei auch dafür verantwortlich, dass die Zinsen über alle Laufzeiten im negativen Bereich notieren, mit negativen Konsequenzen für Banken und Pensionskassen.

Abkehr von der bisherigen Währungspolitik gefordert

Neben einer höheren Inflation fordern die Ökonomen des Observatoriums eine Änderung der Währungspolitik. Neu solle sie sich offen zu einem deklarierten Währungsziel gegenüber dem Euro bekennen und darüber transparent kommunizieren.

Als Möglichkeit dazu schlagen die drei Ökonomen vor, dass die Nationalbank für die nächsten Quartale festlegt, innerhalb welcher Grenzen sie den Kurs des Euro zum Franken für angemessen hält. Sollte dieses Zielband aber durch Bewegungen auf den Devisenmärkten in Gefahr geraten, dann solle die Nationalbank an den Devisenmärkten intervenieren, um ein Ausbrechen aus dem Band zu verhindern. Das würde laut dem Bericht ohnehin «nur die aktuelle Politik formalisieren».

Die grössere Transparenz würde angesichts stabilerer Erwartungen ihrer Währungspolitik geringere Interventionen der Nationalbank nötig machen.

Markus Diem Meier



Nationalbankpräsident Thomas Jordan. Foto: Sabina Bobst